Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JW/AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer: Was für ein Unsinn
2. 1427 reich, heute reich: Danke für das Geld, Ururururgroßvater
3. Globale Jugendarbeitslosigkeit steigt wieder
4. H&M ließ Kinder für sich schuften
5. Crowdworking: Zum Leben reicht es kaum
6. Krankenkassenbeiträge: Arbeitgeber oder Arbeitnehmer – wer zahlt mehr für Gesundheit?
7. Wie "Wirtschaft und Schule" Lehrer in Sachen Bargeld desinformiert
8. Das Märchen vom grünen Wachstum – warum der Markt das Klima nicht retten wird
9. Science-Fiction-Visionen des Bundesinnenministers
10. Sommer der inneren Sicherheit: Was die Innenminister von Frankreich und Deutschland wirklich fordern
11. Schmutziges Spiel mit Killer-Banden im Auswärtigen Amt
12. Sioux auf dem Kriegspfad
13. Stinkers Finger
14. CSU: Zuwanderer aus nahem Kulturkreis bevorzugt
15. Millionen für ein paar Minuten?
16. "Medien werden Glaubwürdigkeit nicht zurückgewinnen"
17. Programmbeschwerde: ARD-aktuell aktiver Teilnehmer am Propaganda-Krieg
18. Eine neue deutsche Außenpolitik ist notwendig! mit Dr. Wolfgang Bittner aus Göttingen
19. Zu guter Letzt: Schulbeginn

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer: Was für ein Unsinn**
   So kann man sich täuschen. Jahrelang hatte der französische Ökonom Thomas Piketty Zahlen über Vermögen und Renditen zusammengetragen. 700 Buchseiten füllte er damit, das Werk wurde in den Vereinigten Staaten ein Bestseller. Denn Piketty zog aus

seinen Daten eine Folgerung, die ihn berühmt machte: Die Kapitalbesitzer häuften von Generation zu Generation immer mehr Geld an, während der Rest der Welt zurückbleibe. Als „r>g“ wurde diese Feststellung prominent, denn Piketty hatte eine Prämisse: Die Kapitalrenditen müssten größer sein als das Wirtschaftswachstum – und das sei doch meistens der Fall. Weil der Professor zu Steuererhöhungen als Gegenmittel riet, wurde sein Buch rund um die Welt zu einer Bibel der Linken. Das Problem: Pikettys Folgerung ist so nicht richtig. Doch das ist vielen Leuten egal. Zu vielen.
Der Ökonom selbst hat seine These längst relativiert. Plötzlich sollte sein Satz nur noch für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gelten – so schrieb er es, nachdem er die harsche Kritik anderer Ökonomen nicht widerlegen konnte. Im Internationalen Währungsfonds hat ein Wissenschaftler trotzdem gerade ein weiteres Mal die Zahlen der vergangenen Jahre analysiert und festgestellt: Es gibt keine Hinweise darauf, dass die moderne Wirtschaft tatsächlich so funktioniert wie von Piketty behauptet. Vielleicht überschätzt der Franzose die Fähigkeit der Erben, ihr Vermögen zusammenzuhalten. Vielleicht sind die Steuern schon hoch genug. Vielleicht hat er etwas anderes übersehen. Sicher ist: Seine These erklärt in der Gegenwart nichts.
Quelle: FAZ

Anmerkung Jens Wernicke: *Ein wunderbares Beispiel für „rationale Demagogie“, die sich zugleich auch noch aufklärerisch gibt.*

Anmerkung unseres Lesers O.P.: *Herrn Piketty wird zur Last gelegt, dass er die Hintergründe der Einkommensverteilung und der Ungleichheit nicht zu sehr vereinfachen will. Daraus leitet Herr Bernau ab, dass die Aussagen “Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer” und “Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auf” totaler Quatsch seien.*
Während Herr Bernau Herrn Piketty in einem früheren Artikel noch wie folgt zitiert: “Relevant sei seine Analyse vor allem für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg”, schreibt er in seinem neusten Artikel nun: “Plötzlich sollte sein Satz nur noch für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gelten”. Aus “vor allem” wird “nur noch”. Zitat aus dem Artikel:

> “Umso wichtiger wäre es, die Situation richtig zu betrachten. Selten ist zu hören, dass sich in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich seit zehn Jahren gerade nicht weiter öffnet. Vielmehr näherten sich die Einkommenskurven einander an, und die Arbeitslöhne stiegen schneller als die Kapitalerträge. Und das nicht, weil der Staat höhere Steuern verlangt oder mehr Sozialhilfe verteilt hätte. Die Trendwende begann nach den

> Agenda-Reformen von Gerhard Schröder – weil damals viele Arbeitslose eine neue Stelle fanden."

Ich weiß nicht, welche Daten Herr Bernau zugrunde gelegt hat. Wenn ich einen kurzen Blick in die Wikipedia in den Artikel "Einkommensverteilung in Deutschland" werfe, stoße ich auf den Gini-Koeffizienten der OECD (je näher der Wert bei Null ist, desto gleicher ist die Gesellschaft) und stelle fest, dass die Ungleichheit seit 2005 gestiegen ist. Wenn Herr Bernau an anderer Stelle behauptet, die Oxfam-Studie zur Ungleichheit habe damals viel Spott auf sich gezogen, verlinkt er zum Beweis auf sich selbst und einen Mailwechsel mit Herrn Nowak (einem der Forscher bei Oxfam), aus dem lediglich hervorgeht, dass Herr Bernau die Validität der Zahlen anzweifelt, ohne seine Zweifel überzeugend begründen zu können.
Die Intention des Autors wird beim Lesen des Artikels schnell klar: Der Debatte über Ungleichheit soll die Grundlage entzogen werden. Viel Mühe gibt sich der Autor dabei nicht.

2. **1427 reich, heute reich: Danke für das Geld, Urururururgroßvater**
   Von wegen soziale Mobilität: Die reichsten Familien der italienischen Stadt Florenz vor gut 600 Jahren sind auch heute noch die reichsten Familien. Das geht aus einer Studie zweier Ökonomen der italienischen Zentralbank hervor. Guglielmo Barone und Sauro Mocetti hatten sich dazu Steuerdaten aus dem Jahr 1427 (Nachnamen, Berufe, Vermögen und Einkommen) angeschaut und mit den ihnen zugänglichen Daten von 2011 verglichen. Das war deshalb möglich, weil die Daten aus dem 15. Jahrhundert digitalisiert und veröffentlicht worden sind.
   Die beiden Forscher gehen davon aus, dass die Träger von gleichen Nachnamen tatsächlich Nachfahren der in Florenz im frühen 15. Jahrhundert lebenden Familien sind – vor allem deshalb, weil die Namen in Italien über Generationen linear weitergegeben würden und sehr stark regional konzentriert seien.
   "Die Top-Verdiener unter den heutigen Steuerzahlern standen schon vor 600 Jahren auf der sozio-ökonomischen Leiter oben", schreiben die Ökonomen mit Blick auf die Nachnamen der heute und damals wohlhabendsten Florentiner. Die reichsten Florentiner Anfang des 15. Jahrhunderts waren Advokaten oder gehörten zu den Kaufmannsgilden, deren Mitglieder mit Wolle, Seide und Schuhen handelten.
   Quelle: n-tv
3. **Globale Jugendarbeitslosigkeit steigt wieder**
   Laut Schätzungen der Internationale Arbeitsorganisation (ILO) steigt die globale Jugendarbeitslosigkeitsrate auf 13,1 Prozent im Jahr 2016. Für 2017 wird ein

ähnliches Niveau erwartet (2015: 12,9 Prozent). Laut ILO-Bericht „World Employment and Social Outlook 2016, Trends for Youth“ steigt die Anzahl jugendlicher Arbeitsloser um eine halbe Millionen auf einen Wert von insgesamt 71 Millionen[1] weltweit (Tabelle 1), dem höchsten Anstieg der letzten drei Jahre. Vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern lebt ein wachsender Anteil Jugendlicher in Armut, obwohl sie einer Arbeit nachgehen; 156 Millionen oder 37,7 Prozent der arbeitenden Jugendlichen sind davon betroffen (Vergleichszahl zu Erwachsenen: 26 Prozent).
Quelle: ILO

4. **H&M ließ Kinder für sich schuften**
Immer wieder Kinderarbeit. Die preiswerten Kleider des schwedischen Kleiderhändlers Hennes und Mauritz (H&M) haben ihren Preis. Das kommende Woche erscheinende schwedische Sachbuch »Modesklaven«, (Modeslavar, Verlag Leopard), hat bereits im Vorfeld für neue Kritik am expandierenden Modegiganten gesorgt.
Laut den Autoren Moa Kärnstrand und Tobias Andersson Akerblom arbeiteten zum Zeitpunkt der Recherche in den H&M-Zulieferfirmen in Burma zahlreiche Kinder, oft bis zu 14 Stunden am Tag. »Fast zwei Jahre lang haben minderjährige Mädchen bis zu 14 Stunden am Tag in den dortigen Fabriken für H&M gearbeitet. Das ist gegen das burmesische Gesetz und wird laut internationaler Konvention als eine der schlimmsten Formen der Kinderarbeit klassifiziert«, sagt Andersson Akerblom dieser Zeitung.
Quelle: Neues Deutschland
5. **Crowdworking: Zum Leben reicht es kaum**
Wer schreibt eigentlich diese ganzen Texte auf Ratgeberseiten und Online-Shops? Es sind Crowdworker, die von zu Hause arbeiten. Eine Studie zeigt, wie hart das Geschäft ist. (…)
Viele Unternehmen nutzen mittlerweile die Dienste von Netzarbeitern wie Rönisch. Doch bisher war wenig über die Leute bekannt, die kleine Arbeiten für kleines Geld im Netz erledigen. Die Hans-Böckler-Stiftung hat nun erstmals diese Arbeitsform empirisch untersucht. Der typische Crowdworker ist demnach Mitte 30, ledig und hat Abitur. 38 Prozent der befragten 434 deutschen Crowdworker sind Freiberufler oder Selbständige, 19 Prozent Studenten, 20 Prozent haben einen anderen Vollzeitjob – denn für den überwiegenden Teil der Befragten ist die Arbeit in der Crowd ein Nebenverdienst.
Die Autoren der Studie unterscheiden zwischen verschiedenen Sorten der Crowdarbeit. So gibt es etwa Plattformen wie Clickworker, auf denen Unternehmen ihre Aufgaben in winzige Arbeitsteile zerlegen, die Nutzer dann für Cent-Beträge erledigen können. Andere Anbieter suchen etwa nach Autoren für anspruchsvollere Texte, nach Grafikern oder nach Menschen, die gegen Geld Apps testen oder ihre Ideen einbringen. Viele der Crowdworker nutzten mindestens zwei, manchmal aber

auch bis zu 25 unterschiedliche Internetseiten, um an diese Aufträge zu kommen.
Quelle: Süddeutsche

6. **Krankenkassenbeiträge: Arbeitgeber oder Arbeitnehmer – wer zahlt mehr für Gesundheit?**
Die Gesundheitskosten im deutschen Gesundheitssystem steigen in den kommenden Jahren rasant. Das hat der Gesundheitsökonom Jürgen Wasem kürzlich für SPIEGEL ONLINE berechnet – und damit auch den politischen Streit über die gerechte Finanzierung der Krankenkassen wieder entfacht. Denn die Beitragssätze steigen ausschließlich für die Versicherten, nicht aber für die Arbeitgeber.
Die Versicherten bezahlen bereits jetzt im Schnitt 8,4 Prozent ihres Einkommens für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), 2020 könnten es 9,7 Prozent sein. Der Beitragssatz für die Arbeitgeber ist hingegen bei 7,3 Prozent eingefroren.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert die Rückkehr zu paritätischen Beitragssätzen – und hat nun berechnet, wie hoch Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) belastet werden. Die Kurzstudie liegt SPIEGEL ONLINE vor. Das Ergebnis: Im Jahr 2014 lagen die Gesundheitsausgaben der Arbeitnehmer bei 137,2 Milliarden Euro, die der Arbeitgeber bei lediglich 74,3 Milliarden Euro. Die Arbeitnehmer tragen demnach also 65 Prozent der Kosten, die Arbeitgeber lediglich 35 Prozent.
Allerdings reklamieren die Arbeitgeber ebenfalls für sich, wesentlich mehr Geld in das GKV-System einzuzahlen. Welche Seite hat die besseren Argumente? (…)
Nach unserer Bewertung ergibt sich für das Jahr 2014 tatsächlich eine höhere Belastung der Arbeitnehmer – und das bereits vor den massiven Beitragssteigerungen der kommenden Jahre. Zwar sind die DGB-Zahlen wegen Unschärfen in der amtlichen Statistik nur scheinbar exakt und daher teilweise etwas zu hoch, aber die Größenordnung von rund zehn Milliarden Euro Mehrbelastung erscheint plausibel.
Quelle: Spiegel Online

dazu: DGB-Studie: Gesundheitskosten sind extrem ungleich verteilt
DGB fordert Rückkehr zur paritätischen Finanzierung
Nach Schätzungen des GKV-Spitzenverbands werden die Kosten im Gesundheitswesen in den nächsten Jahren um 19 Milliarden Euro steigen. Wenn sich an der aktuellen Gesetzeslage nichts ändert, müssen dafür ausschließlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufkommen. Auf Durchschnittverdiener kommen allein durch die Zusatzbeiträge der Krankenkassen Mehrkosten von bis zu 855 Euro im Jahr zu. Das hat eine neue DGB-Studie ergeben.
Quelle: DGB

7. **Wie "Wirtschaft und Schule" Lehrer in Sachen Bargeld desinformiert**
   Wirtschaft und Schule ist ein Portal, das sich an Lehrer richtet. Es soll ihnen Unterrichtsmaterialien zu verschiedenen Themen bereitstellen. Bezahlt wird es von den deutschen Großunternehmen via Institut der deutschen Wirtschaft. Entsprechend ist der Bias, sodass man nur davor warnen kann, diese Materialien zu nutzen, umso mehr, als die Macher es recht gut schaffen, den Anschein von Ausgewogenheit herzustellen. Das Dossier zum Bargeld ist ein Beispiel.
   Quelle: Norbert Häring
8. **Das Märchen vom grünen Wachstum – warum der Markt das Klima nicht retten wird**
   „Die Green Economy steigert die gesellschaftliche Wohlfahrt, bekämpft Armut und strebt soziale Gerechtigkeit an" und das alles innerhalb der „ökologischen Grenzen" des Planeten Erde. So bewirbt die Bundesregierung eine Forschungsagenda zum grünen Wachstum. Und auch die deutsche Wirtschaft, in Form des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), lobt das grüne Wachstum in einem gemeinsamen Memorandum mit dem Umweltministerium als Chance für eine nachhaltige Entwicklung, die Wirtschaftswachstum mit Umwelt- und Klimaschutz vereinen wird. Doch ist grünes Wachstum wirklich eine solche eierlegende Wollmilchsau? Und ist es allzu klug, solche Aussagen an den Beginn einer Forschungsagenda zu stellen?
   Im Mittelpunkt des grünen Wachstums steht ein ressourcenschonender Konsum. Das Versprechen also, dass wir unseren Lebensstil und unsere Konsummuster beibehalten können, wenn wir sie nur etwas „grüner" gestalten: wenn wir Elektroautos und -fahrräder kaufen, die Erneuerbaren Energien ausbauen und wenn wir unseren CO2-Ausstoß durch Kompensationszahlungen ausgleichen. Allerdings gibt es zahlreiche Belege dafür, dass die Vereinbarkeit von Wachstum und Ökologie eine Utopie bleiben wird. Außerdem ist das grüne Wachstumsparadigma blind für strukturelle Machtungleichgewichte und Menschenrechtsverletzungen, die auch bei der Herstellung vermeintlich grüner Produkte verübt werden.
   Quelle: Zebralogs
9. **Science-Fiction-Visionen des Bundesinnenministers**
   Mehr Videoüberwachung an Bahnhöfen und Flughäfen und „intelligente Systeme" mit Gesichtserkennung – dieses alte Rezept holte Bundesinnenminister de Maizière als angebliches Heilmittel im Kampf gegen den Terror nun wieder aus der Trickkiste. Wir haben uns angesehen, was Gesichtserkennungssysteme heute zu leisten imstande sind. Und haben dem Bundesinnenministerium einige Fragen gestellt.
   Beides lässt nicht erkennen, wie terroristische Anschläge durch Gesichtserkennung früher erkannt oder verhindert werden. Statt dessen sind jedoch andere – bedenkliche – Schlussfolgerungen über die eigentlichen Absichten des Ministers möglich …

Quelle: Cives

10. **Sommer der inneren Sicherheit: Was die Innenminister von Frankreich und Deutschland wirklich fordern**
    Das von den Innenministern de Maizière und Cazeneuve vorgestellte Gesamtpaket ist harter Tobak für Grund- und Freiheitsrechte in Europa. Wir haben die netzpolitisch relevanten Punkte der Erklärung analysiert – von der Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung bis hin zur Einführung von Uploadfiltern.
    Quelle: netzpolitik.org
11. **Schmutziges Spiel mit Killer-Banden im Auswärtigen Amt**
    Es braucht keine großen Abschweifungen wie im SZ-Leitartikel „Russland – Verlockung Nahost“ von Tomas Avenarius (20.8.2016), um zu erkennen, dass Russland unbestritten die Führung im Nahen und Mittleren Osten übernommen hat. Seit Mitte September 2015, als Moskau auf Bitte der syrischen Regierung die syrische Armee mit seiner Luftwaffe unterstützt hat, begann die wünschenswerte Wende zugunsten der syrischen Bevölkerung und ihrer Regierung. Das State Department und das Pentagon erschienen von dieser russischen Entscheidung damals überrascht.
    Bewaffnete Aufständische zur Niederlegung der Waffen aufrufen
    Ein dauerhafter Frieden wird aber nur möglich sei, wenn alle Killer-Banden vom syrischen Territorium verschwinden. Das sollte der UN-Vermittler Staffan de Mistura realistisch erkennen und die bewaffneten Aufständischen zur Niederlegung der Waffen aufrufen. Das hat Priorität vor jeden Friedensgesprächen. Es gibt keine „moderaten“ Aufständischen. Bewaffnete Leute, die gewalttätig handeln, sind in Syrien genauso unerwünscht wie in jedem zivilisierten Land der Welt. Sie müssen vom syrischen Territorium ein für alle Male verschwinden, entweder freiwillig durch Niederlegen ihrer Waffen oder unter Zwang mit Waffen-Gewalt, die sie selbst reaktivieren.
    Quelle: Neue Rheinische Zeitung
12. **Sioux auf dem Kriegspfad**
    Was passiert, wenn einer Olympia kritisiert? Er wird fristlos gekündigt. So geschehen in Walheim bei Ludwigsburg, wo der Schuhhersteller Sioux zu Hause ist. Der Ausstatter der Olympiamannschaft hat es gewagt, die Milliardenshow in Frage zu stellen. (…)
    Die Freunde des gepflegten Mokassins sind noch ungebrochen. Mit herzlichen Grüßen aus dem “Wigwam in Walheim” beantworten sie Anfragen, was insofern erstaunt, als der Pfad, den sie beschreiten, voller Fallen ist. Sioux gegen Olympia. Ein kleiner schwäbischer Mittelständler gegen eine Milliardenmaschine. Aber hoppla.
    Ausgelöst hat den Krieg Lewin Berner, der Geschäftsführer des Walheimer Schuhherstellers, der so gar nicht aussieht wie ein Indianer ohne Friedenspfeife. Offenes weißes Hemd, Jeans, ordentliche Frisur. Am 10. August hat er per

Pressemeldung, geschmückt mit den fünf Ringen, mitgeteilt, dass er seinen Ausstattervertrag mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) nicht verlängern werde. Der wäre Ende des Jahres ausgelaufen. Das wäre nicht weiter erwähnenswert gewesen, hätte auch niemand gejuckt, wenn der Sioux-Chef nicht auch noch eine garstige Begründung mitgeliefert hätte: Olympia habe sich vom "eigentlichen Sinn entfernt", sei von "kommerziellen Interessen beseelt", treibe die Austragungsorte in "überdimensionierte Prestigebauten", in eine "hohe Verschuldung" und schädige die "lokalen Ökosysteme". Howgh – ich habe gesprochen.
So ähnlich hat es auch Pastor Alfred Buß in seinem "Wort zum Sonntag" in der ARD am 21. August formuliert, als er davon sprach, Olympia habe seine "Seele verkauft", wer an jene Idee noch glaube, müsse "selber gedopt sein", und im Übrigen stinke der Fisch vom Kopf her. Aber Buß ist Pfarrer, Berner Geschäftsmann. Von der Kanzel herunter ist gut predigen, vom Schreibtisch des Geschäftspartners ist's schwerer. Und dennoch, es musste sein. "Ich ducke mich nicht weg", sagt Berner, "in Deutschland wird ohnehin zu wenig diskutiert." Man könnte auch betonen: im Sport noch weniger.
Quelle: Kontext: Wochenzeitung

13. **Stinkers Finger**
Wichtiger als Sigmar Gabriels Stinkefinger gegen Nazis sind seine verbalen Mittelfinger gegen die Gesellschaft
Dieses Land kann noch so große Sorgen und Baustellen haben. Zeigt einer den Mittelfinger, dann rückt alles andere in den Hintergrund und man diskutiert fast schon extremistisch über Extremitäten. So war es bei Effenberg, Varoufakis und beim damaligen Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten, bei Steinbrück. Die Schreiber, die sich eines solchen Fingers annehmen und die Angelegenheit wie einen Staatsakt behandeln, die sind Legion. Dann liest man zum Beispiel, dass der Stinkefinger die Nation spalte, er eine »Geste der Hilflosigkeit weißer alter Männer sei« oder aber, wie seinerzeit bei Steinbrück, dass man so nicht Kanzler werden sollte. Das gehöre sich für Erwachsenen nicht und für einen Kanzler noch weniger. Als ob die Steigerung von erwachsen Kanzler wäre. Dass Gabriel so kein Kandidat für eben diese Kanzlerschaft sei, schrieben sie dann auch vergangene Woche. Er wird es wohl gewusst haben, denn nach der Pleite bei der Bundestagswahl war es Gabriel, der Steinbrücks Finger die Verantwortung übertrug. Wenn man aber einen Stinkefinger hat, ersetzt der jede Baustelle und radiert unsoziale Politik einfach aus.
Quelle: Heppenheimer Hiob

14. **CSU: Zuwanderer aus nahem Kulturkreis bevorzugt**
Ein Einwanderungsgesetz will die CSU nicht, aber irgendwie doch eine Auswahl der Migranten nach Kriterien der deutschen Leitkultur
Die CSU funkt erste Signale, wie sie ihren Wahlkampf ausrichten will. Die kleine

Schwester der Kanzlerpartei denkt bekanntlich seit Monaten laut darüber nach, ob sie nicht einen eigenen von Merkel unabhängigen Wahlkampf für die Bundestagswahl im nächsten Jahr führen will. Ausschlaggebend dafür ist die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin. In der CSU-Zentrale ist man damit überhaupt nicht einverstanden. Umfrageergebnisse unterstützen diese Haltung (siehe 40 Prozent wünschen sich einen anderen Kanzler). So zielt auch der erste Marker der CSU-Eigenständigkeit genau darauf. Der Springer-Zeitung "Die Welt" war es vorbehalten, ihn zu veröffentlichen. Dort wird ein Schlüsselsatz aus dem Entwurf zum CSU-Grundsatzprogramm zitiert:

> „Neben der beruflichen Qualifikation und dem Bedarf unserer Wirtschaft soll künftig auch die Nähe des Kulturkreises stärker bei der Auswahl der Zuwanderer beachtet werden."

Quelle: Telepolis

15. **Millionen für ein paar Minuten?**
Die Familienstiftung der Clintons ist ein globales Elitennetzwerk. Neue E-Mail-Leaks zeigen: Hillary Clinton traf sich als Außenministerin mehrfach mit reichen Spendern. Auf offiziellem Weg hatte Kronprinz Salman von Bahrain es schon versucht. Doch Außenministerin Hillary Clinton hielt ihn hin, bisher hatte ihr Büro einem Treffen mit dem Prinzen nicht zugestimmt. Dann, im Juni 2009, bekam ihr Team eine E-Mail von der Clinton Foundation, der familieneigenen Stiftung des Ex-Präsidenten und seiner Frau: Der Kronprinz sei ein "guter Freund von uns", stand darin. Zwei Tage später folgte die Antwort aus dem Ministerium: "10 Uhr morgen für ein Meeting". Prinz Salman bekam seinen Termin bei Hillary Clinton.
Doch der Monarch vom Golf ist nicht nur ein "guter Freund" der Stiftung. Er ist auch einer ihrer Geldgeber. 32 Millionen Dollar hatte der Prinz der Organisation laut der Nachrichtenseite Politico über mehrere Jahre in ein Bildungsprojekt der Organisation eingebracht.
Quelle: Zeit Online

dazu: Vorwahlen in den USA: Wie Bernie Sanders betrogen wurde
Die Vorwahlen in den USA sind in die heiße Phase getreten. Beim Parteitag vom 25.-28. Juli in Philadelphia wurde Hillary Clinton als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt. Bernie Sanders soll aufgegeben haben. Doch stimmt das wirklich? Bernie Sanders war der erste Präsidentschaftskandidat der US-Geschichte, der sich

offen für eine sozialistische Revolution aussprach und damit der populärste Kandidat wurde. Als einziger kam er komplett ohne Spenden von Millionären an und bewies so, dass die politische Korruption kein Schicksal ist. Bei den Vorwahlen gelang es ihm, rund 45% der Delegierten hinter sich zu bringen.
Doch diese Wahlen waren zugunsten Clintons manipuliert worden. So hatte Bernie Sanders in den Wahlbezirken, in denen elektronische Wahlmaschinen verwendet worden waren, deutlich schlechter abgeschnitten als in jenen Bezirken mit überprüfbaren Stimmzetteln aus Papier. Dies berichtete der TYT-Reporter Jordan Chariton, der sich auf eine statistische Überprüfung der Wahlergebnisse bezog.
Quelle: Die Freiheitsliebe

16. **"Medien werden Glaubwürdigkeit nicht zurückgewinnen"**
Ein Buch über Manipulationen der Leitmedien hat der Journalist Prof. Dr. Ulrich Teusch geschrieben. In "Lückenpresse" unterstellt der 57-Jährige den "Mainstreammedien", bewusst Informationen zu unterdrücken, einseitig zu berichten und mit zweierlei Maß zu messen. Der Träger des Roman-Herzog-Medienpreises appelliert an die Leser, der Branche – auch sich selbst – mit Skepsis zu begegnen und spricht in dem Band, der am 1. September erscheint, vom "Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten". Der Medienkritiker aus den Medien stellte sich dem Gespräch mit kress.de.
Quelle: kress.de
17. **Programmbeschwerde: ARD-aktuell aktiver Teilnehmer am Propaganda-Krieg**
Sehr geehrter Herr Intendant Marmor,
in den „Tagesthemen" am 18.8. 2016 (Link s. oben) behandelte Moderator Thomas Roth das Kriegsgeschehen im syrischen Aleppo u.a. so:
„(…) Uns erreichen immer wieder Bilder aus dieser Stadt, manche veröffentlichen wir, andere veröffentlichen wir nicht, denn der Krieg wird auch mit Bildern geführt. (…)"
Stimmt, auch ARD-aktuell wirkt bei dieser Kriegsführung unbekümmert mit. Roth leitete mit seiner Plattitüde ein Video ein, mit dessen Veröffentlichung ARD-aktuell auf „betroffen" machte und doch nur die eigene Hemmungslosigkeit bloßlegte.
Wir erheben Programmbeschwerde.
Quelle: serniora.org
18. **Eine neue deutsche Außenpolitik ist notwendig! mit Dr. Wolfgang Bittner aus Göttingen**
An den Grenzen Russlands werden von den USA und der NATO Kampfeinheiten und Bataillone mit schweren Waffen stationiert. Seit etwa zwei Jahren finden ständig Manöver im Schwarzen Meer, im Baltikum und in Polen mit Tausenden Soldaten, Panzern, Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen statt, Raketenstellungen werden

ausgebaut und es gibt eine „schnelle Eingreiftruppe“ von 5.000 Elitesoldaten unter deutscher Führung. Zugleich wird verbreitet, die Aggression gehe einseitig von Russland aus. Eine Eskalation ist nicht ausgeschlossen und der gefährlichste Konflikt, mit dem wir es zu tun haben, ist nach wie vor der Bürgerkrieg in der Ostukraine. Dort brennt eine Zündschnur.
Die NATO steht an inzwischen an den Grenzen Russlands. Dies steht klar im Widerspruch zu Vereinbarungen im Rahmen des 2+4-Vertrages.
Russland vertritt zwar ebenfalls eigene Großmachtinteressen, aber es ist unübersehbar, dass die NATO zur Eskalation des Konflikts beiträgt.
Grund genug sich über die Ursachen und Hintergründe der Krise klar zu werden. Welche Interessen verfolgen die USA, was bestimmt die russische Position in diesem Konflikt, welche bzw. wessen Interessen verfolgt die Regierung in Kiew, welche Rolle spielen die EU und die NATO, wie groß ist die Gefahr einer militärischen Ost-West-Konfrontation?
Antworten auf diese Fragen vermittelt Dr. Bittner. Der Autor mehrerer Bücher, u.a. zuletzt „Die Eroberung Europas durch die USA“, wird die Ostpolitik der NATO, der EU und Deutschlands analysieren und die Möglichkeiten einer neuen Ostpolitik, die den Namen Entspannungspolitik verdient, ausloten. Wir freuen uns auf eine lebendige und notwendige Diskussion.
Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Dr. Wolfgang Bittner
Antikriegstag 2016: Eine neue deutsche Ostpolitik ist notwendig! Mi. 7. September 2016, 19:00 Uhr Gewerkschaftshaus Mannheim, Hans-Böckler-Straße 1, Otto-Brenner-Saal.
Quelle: Friedensplenum Mannheim und DGB Region Rhein-Neckar

19. **Zu guter Letzt: Schulbeginn**
Bildung in Schulen? Never ever…
Quelle: Christoph Sieber, WDR 2 Kabarett